

Christa M. [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED], 26.11.2015

Per E-Mail konsultation@netzentwicklungsplan.de

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
D-10565 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Szenariorahmen für die Netzentwicklungspläne Strom 2015 möchte ich folgende Stellungnahme abgeben:

Zunächst möchte ich mein Befremden darüber ausdrücken, dass die vier Übertragungsnetzbetreiber, die den Netzausbau vornehmen und auch daran verdienen werden, diesen komplett planen und feststellen, also den Szenariorahmen und auf dessen Grundlage den Netzentwicklungsplan erstellen und darüber hinaus auch dafür verantwortlich sind, die abgegebenen Stellungnahmen zu bearbeiten und zu berücksichtigen. Kann man hier tatsächlich erwarten, dass eine unbeeinflusste Bearbeitung der eingereichten Stellungnahmen stattfinden wird? Meines Erachtens sollte der Szenariorahmen – ebenso wie anschließend der Netzentwicklungsplan in seinen diversen Schritten - von unabhängigen Gutachtern und Wissenschaftlern erstellt werden.

Grundsätzlich sollten im Rahmen der Planungsprozesse von Szenariorahmen und Netzentwicklungsplan die sich auf den Netzausbau auswirkenden Faktoren transparent ermittelt werden. Denn gegebenenfalls kann dieser ja erheblich reduziert werden. Als Laie ist es mir mangels Fachwissen kaum möglich, die Überlagerung und einzelnen Verfahrensschritte des Verfahrens intensiv zu verfolgen, von Transparenz ganz zu schweigen. Dennoch werde ich im Rahmen meiner Möglichkeiten die mir auffallenden Widersprüche wie folgt darstellen:

- Die Berechnung der Sensitivitäten (= Wirksamkeit gezielter Maßnahmen, Alternativen) wird allein von den Übertragungsnetzbetreibern durchgeführt. Deren Berechnungen werden nicht von unabhängiger Seite geprüft und sind daher grundsätzlich in Frage zu stellen.

- Nicht nachvollziehbar ist die Verpflichtung zur vollständigen Aufnahme und Übertragung des Stroms aus erneuerbaren Energien, und damit auch seltener Erzeugungsspitzen. Zusätzlich soll das Stromnetz nach den gegenwärtigen gesetzlichen Vorgaben den gesamten erzeugten Kohlestrom transportieren. Daraus folgt zum einen die Erforderlichkeit eines überdimensionierten Netzausbaus. Zum anderen wird aufgrund des aktuellen Marktmodells, nachdem alleine die Brennstoffkosten bestimmen, welche Kraftwerke zugeschaltet werden, umweltschädlicher Kohlestrom aufgrund der geringen Kosten der CO₂-Zertifikate bevorzugt. Dies hat wiederum zur Folge, dass neue, flexible und hocheffiziente

Gaskraftwerke, die dezentral Energie erzeugen könnten, nicht rentabel arbeiten können. Stattdessen wird ein Überschuss an Strom produziert, für dessen Transport – ins Ausland – natürlich ein überdimensioniertes Leitungsnetz erforderlich wird, das weit über den reinen Versorgungsauftrag hinaus geht. Dies ist eine Fehlentwicklung, die lediglich den Übertragungsnetzbetreibern und ihren Investoren dient und der dringend entgegenzuwirken ist.

- Auf Seite 10 des Szenariorahmens wird erklärt, dass die Energieeffizienz steigend sei, dennoch wird von einer Erhöhung des Energieverbrauchs ausgegangen. Keine angemessene Beachtung finden ebenfalls die – vielfach auch schon umgesetzten – Pläne vieler Bundesländer zur regionalen Ausschöpfung ihrer Energiepotenziale. Die bisher erfolgten Anstrengungen vieler Kommunen zur dezentralen Energiegewinnung werden zunichte gemacht.

- Ebenso wird erklärt, dass der grenzüberschreitende Austausch von Energien in Europa zunehmen werde. Das Interesse der Übertragungsnetzbetreibern und ihren Investoren liegt natürlich bei einem internationalen Stromhandel mit einer gesetzlich garantierten Rendite von über 9 %. Allerdings kann das doch nicht der Sinn der Energiewende sein, die vor allem die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten soll.

- Weiterhin wird im Szenariorahmen erwähnt, dass Speicherkapazitäten kaum vorhanden sind. Auch wird kein weiterer Zubau an Speichermöglichkeiten in Deutschland angenommen (S. 25). Derzeit wird intensiv an Speichermöglichkeiten geforscht und es ist davon auszugehen, dass hier in den nächsten Jahren entscheidende Fortschritte zu verzeichnen sind. Es ist daher auch darauf abzustellen, welche Auswirkungen auf den Netzausbau ein verstärkter Einsatz von Energiespeichern hat. Dennoch werden die zukünftigen Speichermöglichkeiten im Szenariorahmen nicht ausreichend beachtet.

- Die installierte Leistung von PV-Anlagen wurde gegenüber dem Szenario B/2024 reduziert. Dies ist ein Widerspruch zur Energiewende. Vielmehr sollte der Zubau von PV-Anlagen nicht reduziert, sondern die PV-Eigenstromerzeugung gefördert werden.

- Mit dem Ausbau der dezentralen regenerativen Energien, der tatsächlichen Schaffung von Speichermöglichkeiten und dem Ausbau bzw. der Modernisierung der nach der Abschaltung der Atomkraftwerke frei werdenden bestehenden Leitungsnetze ist die Versorgungssicherheit jeder Region in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet. Der Ausbau der Biomasse, als einer der wenigen erneuerbaren Energieträgern, der weitgehend wetterunabhängig und gesichert Energie erzeugen kann und in erheblichem Umfang bereits heute Regelenergie anbietet, wird aber unverständlicherweise begrenzt. Die konsequente Förderung und Nutzung von dezentral erzeugten Energien wie Sonnen- und Windenergie, Biogasanlagen (s. hierzu die aktuelle Studie des Fraunhofer-Instituts Windenergie und Energiesystemtechnik vom April 2014 zum Thema „Effekte des Ausgleichs vom Stromdefiziten durch Biogasanlagen“) und Blockheizkraftwerken unter Zuschaltung von schnell regulierbaren Gaskraftwerken (mit dem Gaskraftwerk Irsching steht in Bayern eines der weltweit modernsten Gaskraftwerke) zur Sicherheit, Speicherung von Stromüberschuss durch geeignete Maßnahmen sowie die grundsätzliche Ausschöpfung der Energieeffizienzpotentiale reduzieren den Leitungsbedarf.

-Sämtliche Szenarien gehen von verbrauchsfernen, zentralen Großkraftwerken aus, die einen erhöhten Netzbedarf zur Folge haben. Wenn der Strom aus erneuerbaren Energien dort verbraucht werden würde, wo er erzeugt wird, könnte der Verbrauch von umweltschädlichem Kohlestrom deutlich reduziert werden. Eine dezentrale Stromerzeugung macht auch lange Stromtrassen, die lediglich dem Transport dienen, überflüssig. Dadurch wird eine dezentrale und verbrauchsnahe Energiewende erschwert und – erneut – ein überdimensionierter Netzausbau gefördert.

Noch weitere Gründe in Kurzform:

- Die geplante Trasse mindert in hohem Maße den Wert meines bzw. jeden Eigenheims.
- Sie beeinträchtigt die Entwicklung unseres Ortes.
- Sie dient nicht in erster Linie der Stromversorgung von Bayern, sondern dem europäischen Stromhandel.
- Die Kosten werden in höchstem Maße unsozial auf alle deutschen Stromkunden umgelegt.
- Es ist nicht auszuschließen, dass über diese Leitung Atomstrom aus dem Ausland geleitet wird.
- Es ist keine Berechnung im Hinblick auf eine dezentrale, regenerative Stromerzeugung mit Speichern durchgeführt worden.
- Die Auswirkungen auf die Natur und Landwirtschaft bei Erdkabeln sind noch nicht abschließend erforscht.
- Sie gefährden den Abbau der einzigartigen Kieselerde, was gleichzeitig negative Auswirkungen für unsere Arbeitsplätze und die Region hat.
- Eine Trasse durch den Naturpark (!) Altmühltal sowie das Urdonautal zu führen, ist aus landschaftlichen und touristischen Gründen ein absolutes Verbrechen an der Natur.
- Unser Jagdgeschwader JG 74, stationiert in 86633 Neuburg a. d. Donau, hat Anflugrouten in diesem Bereich.

Fazit:

Die Energiewende ist ein Projekt der gesamten Gesellschaft. Gesellschaftliche Akzeptanz kann nur dann erreicht werden, wenn man die Menschen nicht vor vollendete Tatsachen stellt. Der gesetzliche Auftrag zur bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und Ausbau des Netzes darf nicht als Freibrief dafür gelten, überdimensionierte Leitungsnetze zu planen und zu bauen, die in erster Linie dem europäischen Stromhandel dienen und damit lediglich dem Gewinn der Übertragungsnetzbetreiber und deren Investoren zugute kommt. Der nunmehr zur Konsultation gestellte Szenariorahmen ist daher mangels Objektivität nicht geeignet, als Grundlage für den nächsten NEP herangezogen zu werden.

Ich bin ausdrücklich damit einverstanden, dass meine Stellungnahme (ohne Angabe der Adresse) veröffentlicht wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christa M. [REDACTED]